

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein

Klimawandel: Land unter in Schleswig-Holstein?

G8-Gipfel: Gerechtigkeit ist machbar - Frau Nachbar

landesverband | Seite 3

Konkrete Maßnahmen gegen den Klimawandel

landtag | Seite 7

Europäische Meerespolitik

bundestag | Seite 9

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Liebe Freundinnen und Freunde,



Blühende Rosen im Dezember, pazifische Austern in der Nordsee, Zugvögel überwintern in ihrem Sommerrevier. Keine Frage: der Klimawandel ist auch in Schleswig-Holstein angekommen. Da nützt es nichts, auf die anderen zu zeigen, die bei der Einsparung von Klimaschädigenden Treibhausgasen hinter Deutschland zurückbleiben. Wenn überhaupt sind wir der Einäugige unter den Blinden. Allen muss klar sein: Ein „weiter so“ geht nicht mehr.

Dennoch unterstützt die Landesregierung den Bau von drei neuen Kohlekraftwerken in Brunsbüttel und Kiel und hat damit die Zeichen der Zeit wieder nicht verstanden. Wir fordern: Keine Kohle für die Kohle! Die Zukunft liegt in den Erneuerbaren Energien und einer wirtschaftlichen Effizienztechnologie. Die Zukunft liegt auf der Insel Fehmarn. Hier wurde gerade der größte Repowering-Windpark Deutschlands eingeweiht. Das bringt sauberen Strom für die Menschen und Gewerbesteuer für die Gemeinde. So sieht moderne grüne Wirtschaftspolitik aus!

Von gestern ist auch die Schulpolitik von Schwarz-Rot. Statt aus PISA zu lernen und Kinder individuell zu fördern, wird weiter aussortiert und eine neue Schulform gegründet. Die Regionalschule wollen weder SchülerInnen, Eltern noch LehrerInnen. Aber nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners feiert die ideologische Borniertheit fröhliche Urständ. Wir Grüne halten dagegen und setzen mit unserer Bildungskampagne fortschrittliche Akzente für eine moderne, eigenständige Schule, die den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen unserer Kinder gerecht wird.

Euer Landesvorstand
Marlies, Robert, Anke und Markus

Jede Stimme zählt

Von Marlies Fritzen

Demokratie lebt davon, dass möglichst alle mitmachen. Besonders in den Kommunen spielt diese Vielfalt eine große Rolle. BürgerInnen engagieren sich in ihrer Gemeinde für Kinderspielflächen, Bauleitplanung, Verkehrslenkung, Naturschutz und vieles mehr. Solche Politik läuft nicht immer entlang der großen Linie der Parteipolitik, sondern ist geprägt von genauer Kenntnis der lokalen Besonderheiten und einem starken Sinn für das Machbare.

Diese für die Kommunen so belebende Vielfalt wird durch die in unserem Wahlsystem festgesetzte Fünf-Prozent-Hürde unnötig eingeschränkt. Auch die Chancengleichheit der Parteien bei Wahlen sowie die Gleichheit der Stimmen wird in unzulässiger Weise verhindert. Entscheidet sich eine WählerIn nämlich für eine kleine Partei, die den Einzug in das Parlament aufgrund der Fünf-Prozent-Klausel verpasst, ist ihre Stimme wertlos.

Die Hürde wurde eingeführt, um die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung trotz wechselnder Mehrheiten in der Selbstverwaltung zu gewährleisten. In Zeiten der Direktwahl ist diese aber stets durch den direkt gewählten Bürgermeister oder Landrat sichergestellt.

Die Weigerung der großen Koalition, die Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen auch in Schleswig-Holstein wie in fast allen anderen Bundesländern abzuschaffen, zeugt von mangelndem Demokratieverständnis. Wir halten die Entscheidung des Landtages für verfassungswidrig und bereiten deshalb eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor. ●



Henning Karsten

Wir rufen zum Protest gegen den G8-Gipfel auf!

Gerechtigkeit ist machbar - Frau Nachbar

Von Robert Habeck

Unvergessen ist, dass Minister Austermann im Herbst 2006 anbot, den G8-Gipfel in Schleswig-Holstein auszurichten. Das hätte uns 70 Millionen Euro gekostet. Fast zwei Drittel der Summe, die das Land jährlich den Kommunen abnimmt, sollten an drei Tagen verfrühstückt werden - für zweifelhafte politische Entscheidungen, für eine reine Machtdemonstration. Vermutlich war es Großmannssucht oder einfach nur ein peinlicher Ausrutscher - aber das Schlimme ist das Denken, das aus diesem Vorschlag spricht: Politik auf symbolische Repräsentation zu reduzieren.

Dabei sind die Folgen der Globalisierung in Schleswig-Holstein konkret und unser Land ist Teil einer komplexen Mischung aus Ursachen und Schuld. Krabben von der Westküste werden zum Pulen nach Marokko transportiert. Mit der festen Belt-Querung plant die Landesregierung eine weitere Schneise für den globalen Lastwagenverkehr und seine Schadstoffe statt auf Seewege zu setzen und Häfen zu fördern. Im Doppelhaushalt für 2007/2008 wurden die - ohnehin geringen - Haushaltstitel für die Förderung des Bündnisses Entwicklungs-

politischer Initiativen und der beiden Einwelt-Promotorinnen in Norderstedt und Lübeck gestrichen. Der Umweltminister, der Agrarminister von Boetticher



Henning Karsten

fordert und fördert genmanipulierte Aussaat und macht sich damit zum Fürsprecher weltweit operierender Industrie-Lobbyisten. Innenminister Stegner führt eine Bleiberechtsregelung ein, die tatsächlich eine Abschieberegelung ist.

Wir sollten nicht den Fehler der Regierung wiederholen und nur symbolisch gegen die G8-Politik protestieren. Wir sollten, zusammen mit unseren

FreundInnen und NachbarInnen, ein starkes Netzwerk gründen, um den Opfern der Globalisierung zu helfen. Wir müssen den Protest gegen Klimasünden mehrheitsfähig machen und versuchen, durch lokale Bündnisse der anonymen Macht der Konzerne zu begegnen. Energiepolitisch, bei einer nachhaltigen Nutzung der Meere, von der Fischerei über sichere und saubere und energiearme Schiffe bis zu neuen Technologien, mit einer innovativen Verkehrslogistik können wir landespolitische Akzente setzen.

Viele von uns werden an den Tagen des Protestes gegen den G8-Gipfel nach Heiligendamm fahren. Die, die hier bleiben, rufen wir auf, in ihren Orten dezentral und kreativ Informations- und Protestveranstaltungen zu organisieren.

Der Landesverband wird dafür ein Rahmenkonzept und Materialien zur Verfügung stellen. ●

Wackeliger Steg statt tragfähige Brücke

Neue Bleiberechtsregelung hat den Namen nicht verdient!

Von Anke Erdmann

In Schleswig-Holstein leben 3.000 geduldete Flüchtlinge. Oft schon seit Jahren müssen sie damit rechnen, von heute auf morgen abgeschoben zu werden. Eine Perspektive lässt sich so nicht aufbauen.

Das neue Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge ist an harte Bedingungen geknüpft: Sechs bis acht Jahre müssen sie in

Deutschland leben. Bislang war es ihnen grundsätzlich verboten zu arbeiten. Jetzt wird das Bleiberecht nur gewährt, wenn die „Geduldeten“ selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Bis zum Oktober bleibt ihnen Zeit, eine unbefristete Anstellung zu finden – eine schwere Hürde.

Deutschkenntnisse sind zwingend. Leider sind Flüchtlinge mit Duldung de facto von Sprachkursen ausgeschlossen – die Kosten müssen sie selber tragen. Dafür reicht das Geld einfach nicht.

Insgesamt werden wahrscheinlich nur zehn bis zwanzig Prozent der geduldeten Flüchtlinge von der Regelung profitieren: Wo Bleiberecht drauf steht, ist kaum Bleiberecht drin. Es wird im Gegenteil erwartet, dass eine neue Abschiebewelle beginnt.

Auf Landesebene stehen wir in engem Kontakt zum Flüchtlingsrat, um Kooperationen bei drohenden Abschiebungen vorzubereiten. Wir brauchen ein humanes Bleiberecht, das eine Brücke in unserer Gesellschaft schafft! Interesse mitzuarbeiten? Dann meldet euch! ●



Deutschkenntnisse sind zwingend, aber finanzieren können Flüchtlinge diese Kurse oft nicht

Vom Treffen mit der Ex

Von Markus Stiegler

Feldversuch: Der Landesvorstand hatte alle in den letzten zehn Jahren ausgetretenen Parteimitglieder zu einem Treffen eingeladen. Unerwartet viele hatten sich bereits vor dem Treffen per E-mail oder Telefon gemeldet – mehrheitlich ausgesprochen positiv über die Aktion.

Warum genau sind sie ausgetreten? Einige wenige waren „einfach so“ oder wegen der „Höhe des Mitgliedsbeitrages“ gegangen. In einem Fall konnte sogar ein Mitglied durch schlichten Anruf mit Erläuterung zurück gewonnen werden – andere überlegen noch.

Nach Kiel kamen schließlich 20 Ehemalige. Natürlich war viel vom Einknicken, von Afghanistan und Kosovo die Rede. Aber auch davon, dass die ehrenamtliche Arbeit oft zu gering

bewertet würde, dass der Arbeitsaufwand im Verhältnis zum tatsächlichen Ergebnis oft extrem hoch sei – andererseits aber auch die Feststellung mit realen 6 bis 7 Prozent bei den Landtagswahlen doch relativ viel bewegt zu haben. Interessant auch die Aussage, dass man in den Parteistrukturen oft persönlich aufgegeben wird. Mehr direkte Demokratie statt Parteiendemokratie eine weitere Forderung.

Insgesamt ein spannender Abend, der wichtige Hinweise gegeben hat. Die Moral von der Geschichte? Ein Blick in den Spiegel der Vergangenheit gibt eben doch wertvolle Hinweise für die Zukunft.

Fortsetzung folgt. ●

Der Klimawandel kommt

Auf der Website <http://flood.firetree.net> gibt es eine Karte der Erde mit einem Schieberegler, mit dem man die Höhe des Meeresspiegels einstellen kann. Stellt man die Schieberegler auf + 5 Meter, dann sind die Niederlande und die westliche Hälfte von Schleswig-Holstein unter dem Meeresspiegel verschwunden.



Die Bildzeitung zeigt eine untergehende Erde in voller Größe ihrer Titelseite; selbst Peter Harry Carstensen erwägt ein Tempo-Limit. Und die Grünen? Was ist unsere Rolle? Ich denke, da bleibt nur eines: Wenn alle die Katastrophe prophezeien, dann sollten wir die Hoffnungsträger und Ideengeber bleiben.

Im Januar hat die Landtagsfraktion die Veranstaltung „100 Prozent“ durchgeführt. Hochkarätige Referenten rechneten vor, wie Europa zu 100 Prozent regenerativ versorgt werden kann - bei einem Endabnehmerpreis von 4,6 Cent pro Kilowattstunde.

Die regenerativen Energien Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse haben genügend Energie um 100 Europas zu versorgen.

Es geht auch nicht mehr um die Frage: Können wir uns das leisten? Der Bericht von Sir Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, über die wirtschaftlichen Folgen der Klimapolitik hat deutlich gemacht, dass ein energisches Umsteuern in der Klimapolitik nicht nur notwendig, sondern ökonomisch absolut sinnvoll ist. Es geht nur noch um die Frage: Wie schaffen wir es gegen die Beharrungskräfte von Konzernen mit Milliarden-Umsätzen Mehrheiten für eine engagierte Klimapolitik zu organisieren? Dazu hat die Landtagsfraktion der Landesregierung Hausaufgaben aufgegeben: Siehe Seite 7.

Karl-Martin Hentschel
Fraktionsvorsitzender

Private Finanzierung öffentlicher Aufgaben?

Von Monika Heinold

Der Landtag will „Öffentlich-Private Partnerschaften“ (ÖPP) per Gesetz regeln. Für manche ist die Finanzierung staatlicher Aufgaben durch Private der Königsweg, um große Investitionen – trotz Ebbe in den öffentlichen Kassen – umzusetzen. Andere befürchten, dass es insgesamt teurer wird und dass Finanzlasten in die Zukunft verschoben werden.

Die Grüne Landtagsfraktion hat sich entschlossen, einem ÖPP-Gesetz zuzustimmen, wenn folgende Spielregeln festgeschrieben werden: Vor der Zustimmung für ein ÖPP-



Tunnelbaumaßnahmen werden oft als ÖPP geplant

Vorhaben müssen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchgeführt und es muss geprüft werden, ob dieses Projekt auch ohne die Beteiligung privater Investoren realisierbar wäre. Wenn nicht, ist es eine Verschiebung von Schulden auf die nächste Generation und damit

nicht genehmigungsfähig. Außerdem sollen die InvestorInnen verpflichtet werden, Unteraufträge an kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region zu vergeben. Grundsätzlich ausschließen wollen wir ÖPP-Projekte, welche hoheitliche Aufgaben auf Private übertragen. Sollten unsere Änderungsvorschläge abgelehnt werden, stimmen wir gegen das neue Gesetz.



Schutz des Eigentums vor der Natur?

Das schwarz-rote Naturschutzgesetz schadet der Zukunft Schleswig-Holsteins.

Von Detlef Matthiessen

Eigentlich soll mit dem Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) die Natur geschützt werden, damit sie als Lebensgrundlage erhalten bleibt. Dieses Gesetz ist ein nachgeordnetes, das bedeutet, die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes müssen in Schleswig-Holstein umgesetzt werden.

Was soll da dieser Satz im Paragraf 1: „Privates Eigentum und die sich daraus ergebende Verantwortung sind eine besonders wichtige Voraussetzung zur Erreichung der [...] Ziele“ des Gesetzes?

Das Wesen eines Gesetzes zum Schutz der Natur liegt doch darin, die Natur vor den Interessen zu schützen, die durch die wirtschaftliche Nutzung von Flächen bestehen. In diesem sensiblen Spannungsfeld regelt das Gesetz, dass zur Erreichung der Schutzziele das Eigentum in seiner Nutzbarkeit beschränkt wird. Was soll also eine Formulierung, dass Eigentum als Solches die Ziele erfüllt? Das muss doch stutzig machen.

Daher haben wir den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine

Stellungnahme gebeten und sehen uns in unserer Skepsis bestätigt, in dem Gutachten heißt es: „Von den Regelungen des Rahmenrechts weicht die Klausel zur Bedeutung des Eigentums ab.“

Mit anderen Worten: Der schwarz-rote Entwurf des Gesetzes entspricht nicht den Regeln des Bundesgesetzes und ist damit rechtswidrig! Daran ändert der „Kompromiss“ im Koalitionsausschuss auch nichts, wenn es heißt: „Der Schutz der Natur [...] auf privaten Flächen berücksichtigt den besonderen Wert privaten Eigentums und der sich daraus ergebenden Verantwortung für die Erreichung der [...] Ziele.“

Das neue LNatSchG hält auch anderen selbst gesetzten Ansprüchen nicht stand. Zwar tönt die CDU: „Die Gesetzesnovelle soll einen wichtigen Beitrag zur Entbürokratisierung leisten. Das neue Gesetz soll nur noch mit 76 statt wie bisher 103 Paragraphen auskommen.“

In Wirklichkeit wird der Nutzer des Gesetzes durch die vielen Verweise auf das Bundesgesetz gezwungen, beide

Gesetze in die Hand zu nehmen, um sich orientieren zu können.

Wir sehen das bestehende, mit Grüner Hand geschriebene Gesetz nach wie vor als sehr gelungen an und wollen deshalb keine Anträge stellen, um den schwarz-roten Murks zu reparieren. Wir sehen keinen Novellierungsbedarf.

Auch wenn von der CDU behauptet wird, der Naturschutz würde mit dem neuen Gesetz besser funktionieren, steht die Natur und die Landschaft unseres schönen Landes eindeutig auf der Verliererseite des Gesetzes: Das Ziel, auf mindestens 15 Prozent der Landesfläche einen Vorrang für den Naturschutz zu begründen, ist schlicht weggefallen. Kleingewässer bleiben zwar geschütztes Biotop, werden aber weder kartiert, noch wird dem Besitzer mitgeteilt, dass er geschützte Flächen auf seinem Land hat. Damit steht der Schutz buchstäblich nur noch auf dem Papier. Knicks können in Zukunft leicht beseitigt werden. Das schwarz-rote Naturschutzgesetz schadet der Zukunft Schleswig-Holsteins. ●

Schleswig-Holstein braucht Klima-Politik statt „Greenwashing“

Es muss endlich Schluss sein mit den Lippenbekenntnissen! Wir fordern von der Landesregierung

konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz.

Von Karl-Martin Hentschel

Der neue Bericht des Internationalen Wissenschaftsrats zum Klimawandel (IPCC) und die Studie von Sir Nicholas Stern haben deutlich gemacht: Wir müssen schnell handeln.

Die Versorgung Europas mit regenerativen Energien ist ohne relevante Preissteigerungen möglich. Eine engagierte Klimapolitik führt zu Investitionen, schafft Arbeitsplätze und ist erheblich billiger als Nichtstun. Haupthindernis sind die Energiekonzerne, Auto-konzerne, Mineralölkonzerne und alle damit verflochtenen Strukturen in Wirtschaft und Politik. In der Politik erlebt man noch überwiegend „green-washing“ anstelle von „Grün Handeln“.

Die Grüne Landtagsfraktion hat deshalb eine Klima-Debatte im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt und zwei Anträge gestellt.

Darin fordern wir:

1. Ein realistisches Szenario, auf was sich Schleswig-Holstein einstellen muss.

2. Ein umfassendes Konzept für für alle relevanten Bereiche: Stromerzeugung, Wärmeversorgung, Verkehrspolitik, Bauen und Wohnen, Tourismus, Landwirtschaft, Küstenschutz, Naturschutz, Gesundheitspolitik, Forschung und Bildung.

3. Unterstützung einer engagierten Klimapolitik im Bundesrat.

4. Engagierte Umsetzung von Maßnahmen im eigenen Geschäftsbereich –

Schleswig-Holstein muss zum „Green Valley“ werden – zum Standort von

Grüner Spitzentechnologie

insbesondere in Bezug auf Fahrzeugbeschaffung, wärmetechnische Sanierung der Liegenschaften und Beschaffungswesen.

In Bezug auf die Politik der Landesregierung sehen wir folgende besonders kritische Punkte:

- Der Bau von Kohlekraftwerken ist Anti-Klimapolitik
- Das Gerede von Atomkraft lenkt von der Lösung der Probleme ab
- Es mangelt an Unterstützung der regenerativen Energien
- Die Verkehrspolitik der Landesregierung ist kontraproduktiv – Abkehr von einer engagierten Bahnpolitik – stattdessen Konzentration auf den Bau einer Autobahn, die niemand braucht
- Wir brauchen eine komplette Umstellung der Wohnungsbau-förderung auf energie-sparende Bauweisen
- Bauvorschriften und Flächenplanung müssen auf höhere Windgeschwindigkeiten und höhere Wasser-spiegel eingestellt werden
- Wir fordern: Schluss mit einer ziellosen Wirtschaftsförderung und Technologie-politik: Rückkehr zu einer Konzentration auf strategische Cluster – insbesondere regenera-tive Energien und maritime Wirtschaft. ●



Selbstbestimmt und geborgen leben

Jeder Mensch hat das Recht, selbstbestimmt und seinen Bedürfnissen entsprechend zu leben – auch in fremdbestimmten Lebenslagen. Menschen mit Pflegebedarf und Behinderungen haben das Recht auf individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung. Das ist weder Geschenk noch Almosen. Wir wollen die Barrieren im Denken und in Gesetzen abbauen. Unsere Ziele sind eine individuelle Wohnberatung, ein individuelles Pflegemanagement, das persönliche Budget und die Bürgerversicherung sowie bedarfsdeckende Leistungen durch ein Landesheimgesetz. Wir planen Besuche vor Ort, Fachveranstaltungen, Publikationen, Filmangebote, eine Fotoausstellung und parlamentarische Initiativen. Ladet uns ein oder fragt direkt nach, dann stellen wir euch die Details vor.

Angelika Birk



photocase.de, Maren2006

Menschen mit Pflegebedarf und Behinderungen haben das Recht auf individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung

Künstlerinnengruppe „KEINE FRAGE“

Kathrin Hoffmann stellt in ihren Gemälden Freunde und Bekannte dar. Jedoch entstehen keine Porträts im herkömmlichen Sinne, denn der



Malerin geht es um eine psychische Annäherung an die Dargestellten. Den Ausgangspunkt ihrer Arbeit bilden eigene Fotografien. Sie wählt aus den vielen Aufnahmen diejenigen als Vorlagen für ihre Gemälde

aus, in denen ihr die Strukturen und Bildachsen besonders interessant erscheinen. Die malerische Umsetzung verändert und verdoppelt sie als fotografisches Material.

Anders **Katrin Pieczonka**. Ihre großflächige Malweise ist offener und zeigt das Prozesshafte ihrer Malerei. Sie interessiert sich weniger für den Raum, der den Menschen umgibt und zugleich distanziert, als vielmehr für die architektonische Umgebung. Nicht der spektakuläre, sondern der alltägliche Ort wird von ihr malerisch festgehalten. Es sind konkret benennbare Plätze oder Gebäude, die in irgendeiner Weise mit ihrer Biografie zu tun haben.



Die abstrakten Arbeiten von **Susanne Nothdurft**, die Malerei, Grafik und Installation umfassen, wirken in diesem Zusammenhang auf den ersten Blick fremd. Doch bei näherem

Hinsehen zeigt sich eine vergleichbare Fragestellung, die die



Wirkung von Farbe und Struktur im Raum nachgeht und den Betrachter bewusst einbindet. Die Wirkung der jeweiligen Farbfelder ist sorgfältig abgewogen. Meistens wird die gewünschte Spannung oder Korrespondenz der

Farben erst in vielen übereinander liegenden Schichten erzielt.

Die Werke sind bis zum 28. April 2007, Montag bis Freitag, 9:00 bis 18:00 Uhr im Landeshaus auf den Grünen Fraktionsfluren und im Raum 31 zu sehen. **B.A.**

Ökolandbau

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln ist stark gestiegen. Die deutschen und vor allem auch die schleswig-holsteinischen BiobäuerInnen können diese Nachfrage immer weniger decken. Der Anteil der importierten Ökoprodukte nimmt beständig zu. Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung ist die biofeindliche Landwirtschaftspolitik der Großen Koalitionen in Berlin und Kiel.

Carstensen und von Boetticher müssen endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und sich der Realität stellen. Statt mit der Gießkanne Subventionen auszuschütten, muss die Förderung in der Landwirtschaft an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien gebunden werden.

Detlef Matthiessen

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten


März 2007

Meere nutzen - Meere schützen!

Für eine nachhaltige europäische Meerespolitik

Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass immer nur so viel Holz geschlagen wird, wie durch Wiederaufforstung nachwachsen kann. Auf unsere Meere übertragen bedeutet dieses Prinzip, dass wir z. B. nur so viele Fische fangen, dass sich die Fischbestände wieder erholen können.

Von Rainer Steenblock



Fangen wir zu viele, gerät das sensible Gleichgewicht des Ökosystems Meer aus den Fugen. Nicht nur Überfischung, auch Einträge aus der Landwirtschaft und die Verschmutzung der Luft durch Schiffsemissionen gefährden

die Artenvielfalt in den Meeren und die Lebensqualität in den Küstenregionen.

Ein gemeinsamer europäischer Ansatz, der von der Landwirtschaft über Fischerei, Wirtschaft und Tourismus alle relevanten Politikbereiche einbezieht, ist überfällig. Mit dem Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der EU“ macht die europäische Kommission Vorschläge für eine solche integrierte europäische Meerespolitik. Ich begrüße diesen Schritt der Kommission.

Allerdings kommen darin das Nachhaltigkeitsprinzip und das Meer als Ökosystem mit seinem schutzwürdigen Eigenwert zu kurz. So nimmt die maritime Wirtschaft viel Raum ein, jedoch fehlen Vorschläge, wie wir die Meere nutzen können, ohne sie aus dem ökologischen Gleichgewicht zu bringen. Denn ökonomische Nutzung und ökologischer Schutz bedingen sich gegenseitig: so sichern nur gesunde Fischbestände den Fischern auf die Dauer ihren Lebensunterhalt. Wirtschaftlich denken heißt nachhaltig denken. Für die EU bedeutet das: Fangquoten runter, Meeresschutzgebiete ausweiten. Die Agrarpolitik sollte diejenigen finanziell am meisten fördern, die am wenigsten verschmutzen. Landstromanschlüsse in den Häfen, schadstoffarme Schiffsantriebe und Kraftstoffe sparen Energie und verringern die Emissionen. Damit ist Meeresschutzpolitik auch Klimaschutzpolitik.

Für alle Vorschläge brauchen wir verbindliche Maßnahmen, Ziele und Zeitpläne. Die Helsinki-Kommission macht in ihrem „Baltic Sea Action Plan“ konkrete Vorschläge für eine „Modellregion Ostseeraum“. Die schleswig-holsteinische Landesregierung sollte sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen,

dass sie die EU-Ratspräsidentschaft auch dazu nutzt, den Ostseeraum als Vorbildregion zu etablieren. Außerdem müssen alle Politiken darauf abgeklopft werden, ob sie sich mit dem Ziel des Meeresschutzes vereinbaren lassen. Schließlich sollte sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür stark machen, dass das Grünbuch um eine echte „Umweltsäule“ ergänzt wird. Die Meeresstrategierichtlinie ist eine gute Grundlage.

Die grüne Bundestagsfraktion wird eine eigene Stellungnahme in den Konsultationsprozess der Kommission bis Ende Juli einbringen. Mehr zu unseren Vorschlägen im Positionspapier norddeutscher grüner Abgeordnete, das wir Euch gerne zuschicken. Das Papier ist auch auf meiner Homepage zu finden unter <http://www.rainder-steenblock.de/>.

Mehr zur Position der Bundestagsfraktion zur Europäischen Meerespolitik werde ich auf folgenden Veranstaltungen vorstellen:

Meeresschutz zuerst!

Positionen des Umweltschutzes zur Europäischen Meerespolitik, Veranstaltung auf Einladung von Dr. Helga Trüpel, MdEP

5. März 2007, 14-18 Uhr, Bremen, Gästehaus der Universität, Teerhof 58

Europäische Meerespolitik

Konferenz von Rainer Steenblock MdB mit Angelika Beer MdEP und dem Europa-Ressort der GAL-Bürgerschaftsfraktion

1. April 2007, 11-15 Uhr, Hamburg, Rathaus, Rathausmarkt 1

Grüne Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Ökologie

2. März 2007, 17.30-21 Uhr, Berlin, Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1.

Medien und die Kultur der Gewalt

Januar 2007: In einem kleinen norddeutschen Dorf ermorden zwei Jugendliche ein Ehepaar. Vorbild für die schreckliche Tat, so wird vermutet, war ein Gewaltvideo.

Von **Grietje Bettin**

Wenige Wochen zuvor wurden beim Amoklauf eines Jugendlichen in Emsdetten viele Menschen durch Schusswaffen verletzt, der Junge erschoss sich anschließend selbst.

Gewaltfreiheit war immer eine grüne Kernforderung. Vor allem in den Köpfen unserer Kinder hat Gewalt nichts zu suchen. Die Frage ist: Wie erreichen wir dieses Ziel?

Vor allem Jungen spielen gewalthaltige Computerspiele und tauschen per Handy Gewaltvideos aus. Auch Gewalt im Fernsehen steht im Zentrum der Debatte: Etwa jede 20. Fernsehminute ist mit Gewalt gefüllt. Pro Stunde werden im Fernsehen im Schnitt 4,12 Akte schwerster Gewalt (Morde) und 5,11 Akte von schwerer Körperverletzung gezeigt.

Dazu passt die Wahrnehmung, dass Jugendgewalt stark zugenommen hat. Überraschenderweise jedoch geht Jugendgewalt derzeit zurück. Das Risiko, Gewaltopfer zu werden, ist seit 1997 leicht gesunken, auch die Gewaltbereitschaft geht zurück. Gründe sehen ExpertInnen u. a. in Kampagnen wie z. B. gegen häusliche Gewalt und in der gestiegenen öffentlichen Sensibilität. Der „harte Kern“ jugendlicher Gewalttäter aber bleibt unverändert.

Die Forschung zeigt: Medien allein bewirken keine Gewaltbereitschaft. Sie kann aber, wenn vorhanden, verstärkt werden. Es gibt einen Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt, gewalthaltigen Überzeugungen, dem Vorhandensein von Hass, Angst und Wut (z. B. gegen Eltern oder Fremde) einerseits und deren Verstärkung durch mediale Gewalt andererseits. Besonders Jugendliche, die Gewalt erfahren haben, werden von Gewalt in den Medien angezogen. In einem sozialen Umfeld, in dem Gewalt positiv besetzt ist (z. B. bei den Neonazis), trägt mediale Gewalt nachweislich zur Verfestigung einer „Kultur der Gewalt“ bei.

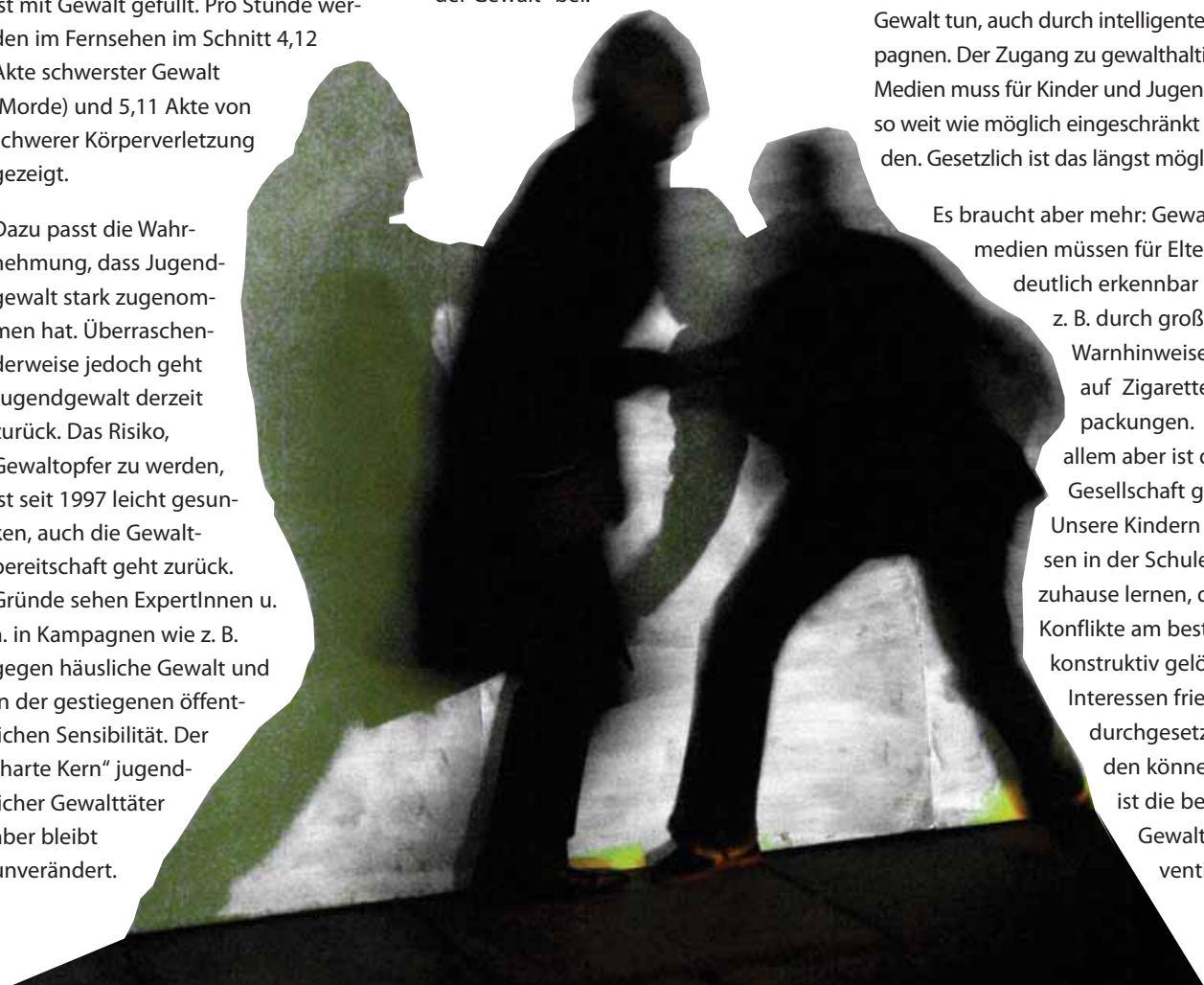
Hier beginnt das eigentliche Problem. Zwar werden die wenigsten jungen Menschen zu aktiven TäterInnen, nur weil sie Gewaltvideos sehen oder „Killerspiele“ spielen. Gefährlich ist ihre Allgegenwart, weil sie den Anschein von „Normalität“ erweckt: „Das hat doch jeder“. Daraus folgt Abstumpfung und Akzeptanz, eine „Kultur der Gewalt“, also genau der Nährboden, auf dem Gewaltkonsum in Gewalthandeln umschlagen könnte.

Klar ist: Alle müssen ihren Teil zur Gewaltbekämpfung beitragen. Die Politik muss alles für die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt tun, auch durch intelligente Kampagnen. Der Zugang zu gewalthaltigen Medien muss für Kinder und Jugendliche so weit wie möglich eingeschränkt werden. Gesetzlich ist das längst möglich.

Es braucht aber mehr: Gewaltmedien müssen für Eltern deutlich erkennbar sein, z. B. durch große Warnhinweise wie auf Zigarettenpackungen. Vor allem aber ist die Gesellschaft gefragt. Unsere Kindern müssen in der Schule und zuhause lernen, dass Konflikte am besten konstruktiv gelöst und Interessen friedlich durchgesetzt werden können. Das ist die beste Gewaltprävention. ●



Grietje Bettin, medienpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen



aboutpixel

Veranstaltungstipp

Brokdorf - was war das eigentlich?

Podiumsdiskussion in Wilster

Oktober 1976: Ein Zug von etwa 6000 Leuten marschiert dahin, wo das AKW Brokdorf gebaut werden soll. Der Widerstand weitet sich aus und erfasst die ganze Bundesrepublik. Hunderttausende gehen gegen Atomkraft auf die Straße. Der Protest und seine Folgen prägen die Bundesrepublik Deutschland bis heute.

Die Erinnerung an seine Ursprünge aber verblasst. Gerade für die Generation, die damals geboren wurde, die den GAU in Tschernobyl als Kind erlebt hat und die heute für grüne Politik eintritt, rückt die Frage nach den „Wurzeln der Bewegung“ immer mehr in den Vordergrund.

Wir finden: Der Protest braucht eine Stätte des Erinnerns. Darüber und über Wege der Aufarbeitung wollen wir mit allen Interessierten diskutieren.

Mittwoch, 18. April 2007

19.00 Uhr

im Colosseum in Wilster

weitere Infos auf
www.g-bettin.de



Politische Bildungsreise nach Berlin

Für unsere nächste politische Bildungsreise vom 23.-25.4.2007 sind noch wenige Restplätze verfügbar. Wir werden u. a. an einer Plenarsitzung teilnehmen, besuchen Bundesrat und grüne Parteizentrale sowie das Jüdische Museum.

Interessierte melden sich bitte im Wahlkreisbüro von Grietje (siehe Kasten unten). ●

Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Pohn
Florian Bernstorff
Claudia König
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

www.g-bettin.de

Europas Verfassung braucht mehr Bürgerbeteiligung

Zentrale Werte und Ziele der Europäischen Union werden in den kommenden Monaten unter deutschem Vorsitz diskutiert. Und obwohl die Bundesregierung sich vorgenommen hat, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zu stärken, vollzieht sie eine Politik hinter verschlossenen Türen, was auch schon von der EU-Kommission kritisiert wird. Eine Nagelprobe für das Bekenntnis der Bundesregierung zu mehr Demokratie und Transparenz wird die Berliner Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft der EU sein, die zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März feierlich proklamiert wird und den Startschuss zur Wiederbelebung des EU-Verfassungsprozesses bilden soll. Ihre Weigerung, Bundestag und Öffentlichkeit in die Vorbereitung der Deklaration mit einzubeziehen, zeigt jedoch, dass es der Regierung nicht wirklich

ernst ist mit ihrer Ankündigung, Europa gemeinsam zu gestalten.

Der Verfassungsvertrag kann in Europa nur Wirklichkeit werden, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Projekt identifizieren - dafür brauchen wir mehr Dialog, keine klammheimlichen Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Für uns Grüne ist klar: wir wollen eine bürgernahe, demokratische und handlungsfähige EU. Der Vertragsentwurf bietet dafür eine gute Grundlage. Die Berliner Erklärung muss jetzt ein Signal dafür setzen, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Diskussionen und Entscheidungen über die Verfassung beteiligt werden. Als Projekt der Eliten hat die EU keine Chance. ● rs

Mehr zur EU-Ratspräsidentschaft findet Ihr unter http://www.gruene-bundestag.de/cms/europaische_union/rubrik/0/87.htm



aboutpixel

Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Pia Kohorst
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

www.rainder-steenblock.de

Infos und Termine

Tourismus zwischen den Meeren

Tourismus im Land zwischen den Meeren, das ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein weites Feld für Grüne Ideen. TourismuspolitikerInnen aus den Kreisen trafen sich mit Detlef Matthiessen und Grietje Bettin im Power-Parc von ARTEFACT in Glücksburg zu einem Workshop, der erste Vorschläge für ein grünes Tourismusprogramm zur Kommunalwahl erarbeitete.

Anregungen und Ideen sind willkommen und werden von Kerstin Mock-Hofeditz gesammelt.

▶ Mehr Infos: kv.nordfriesland@gruene.de
www.gruene-nf.de

Do., 08.03. Internationaler. Frauentag
Do., 26.04. (21.) Jahrestag Tschernobyl
Do., 26.04. bis So., 29.04. Klimaschutz-Aktionstage
Do., 26.04. Girls' Day
Sa., 12.05. - So., 13.05.07, Landesparteitag, Koppelsberg
Do., 24.05., Bildungspolitisches Gespräch der Landtagsfraktion, Kiel

▶ Termine: www.sh.gruene.de

Grüne sind PLIETSCH

Kaum ein Thema bewegt die Gemüter in Schleswig-Holstein so wie die Schulreform. Bislang werden aber die Schulen mit den neuen Anforderungen der Regierung völlig allein gelassen. Bündnis 90/Die Grünen haben



Karl-Martin Hentschel und Anke Erdmann bei der Präsentation der Kampagne

deshalb eine neue Bildungskampagne gestartet. Wir wollen zeigen, wie Schule vor Ort gelingen kann. Schwerpunkt der Kampagne ist die Präsentation von erfolgreichen Beispielen aus der Praxis und die Diskussion mit den Akteuren vor Ort.

▶ Mehr Infos: www.plietsch.sh

Neuer Vorstand in Steinburg



Der KV Steinburg hat einen neuen Vorstand: (von links:) Maren Reuter-Gugat (Vorstandssprecherin), Kjell Herold (Beisitzer, Grüne Jugend), Silke Dibbern-Voß (finanzverantwortliche Person). Herzlichen Glückwunsch!

▶ Mehr Infos: kv.steinburg@gruene.de
www.gruene-steinburg.de

Impressum

Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Herausgeber berlin-report

Grietje Bettin und Rainer Steenblock
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Bettin)
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

Redaktion grüne welle + fördewind

Dr. Jörg Nickel
Gestaltung grüne welle + fördewind
Bettina Aust

Redaktion und Gestaltung berlin report

Claudia Prehn

Grafische Konzeption

IN.MEDIUM GmbH | Agentur für Mediengestaltung
E-Mail: info@inmedium.net, Internet: www.inmedium.net

Druck

Oktoberdruck AG, Berlin